

Legende:		JBA dunkellachs		JBA lachs		Anlage 13/3 zu Kreistagsdrucksache Nr. 111/2014																
		SGA dunkelblau		SGA hellblau																		
		VFA dunkelgelb		VFA hellgelb																		
		UVA dunkelgrün		UVA hellgrün																		
Beschluss durch Ausschuss erforderlich						Verwaltungsvorschlag aufgrund zwischenzeitlich eingetretener Veränderungen und Korrekturen																
Lfd. Nr.	Aus-schuss	E=Erträge A =Aufw.	PG	Produkt/Auftrag	Sachkonto	Bud-get	Text	Entwurf 2015 EUR	Verwaltungs-vorschlag 2015 EUR	Veränderungen EUR	Anlage / Antrag Nr.	Antrag beschl./abgel./erl. durch/am	FWW	CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	DIE LINKE	Sonstige	Antragst.	Antragsteller/ Bemerkungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21		
													Erhöhungs- oder Minderungsbetrag gegenüber Spalte 9 Entwurf 2015									
1	VFA	E	6110	P6110	31110000	TH FB	TH FB Schlüsselzuweisungen vom Land § 8 FAG	36.913.700	36.120.000	-793.700												Verwaltung: Ansatzkorrektur: Auswirkungen der Novembersteuerschätzung 2014 Verminderung des Kopfbetrages von 613 EUR auf 610 EUR je gewichtetem Einwohner. Basierend auf den Annahmen dieser Steuerschätzung muss in der mittelfristigen Finanzplanung von Einnahmerückgängen aus dem FAG von 700.000 - 800.000 Euro pro Jahr gegenüber den ursprünglichen Annahmen ausgegangen werden.
2	VFA	A	2130	20245105	42310000	TH 20	TH 20 Jugend und Bildung Budget Schulen HDS	0	5.000	5.000												Verwaltung: Ansatzkorrektur Nachmeldung
3	VFA	A	2810	P2810020	43180440	TH 20	TH 20.2 Jugend und Bildung Budget Schulverwaltung	2.000	4.000	2.000												Verwaltung: Ansatzkorrektur Nachmeldung, einmalige Erhöhung wegen 20-jährigen Jubiläums
4	VFA	A	5750	K 5750008	42910000	TH 42.2	TH 42.2 Stabstelle Tourismus Aufwendungen f. so. Sach- und Dienstleistungen (Radwegkonzeption)	215.000	100.000	-115.000												Verwaltung: Ansatzkorrektur: Siehe auch Ziffer 11.
5	VFA	A	3710	P371001	42620000	TH 22	TH 22 Versorgung Fortbildungsmaßnahmen im Bereich ärztliche Sachverständige	7.500	9.500	2.000												Verwaltung: Ansatzkorrektur Nachmeldung
6	VFA	A	5710	P571001	42720000	TH81	TH81 Breitband Backbone-Planung, KT-Dr.Nr. 164/2014	0	100.000	100.000												Verwaltung: Breitband Backbone-Planung, KT-Dr.Nr. 164/2014
7	VFA	A	11	P11xx	4xxxxxx	TH 81	Demographischer Wandel	0	0	0	FDP 10/6											FDP: Keine Haushaltsmittel für das Projekt "Demographischer Wandel". Verwaltung: Es wurden keine Mittel in die Haushaltsplanung aufgenommen.
8	VFA	A	1226	p122604	43730000	TH34	Verbandsumlage Tierkörperbeseitigung	275.000	290.000	15.000												Verwaltung: Ansatzkorrektur: Beschluss der Versammlung vom 18.11.2014 Erhöhung um 10 % Weltmarktsituation bei der Vermarktung von Tierfetten drastisch verschlechtert. In der Folge Preisbruch beim Absatz.
8.1	VFA	A	2521	P2521	43180000	TH 14	Zuschüsse übrige Breiche	4.000	0	-4.000												Ansatzkorrektur
8.2	VFA	A	2521	P2521	42310000	TH 14	Mieten und Pachten	0	1.400	1.400												Ansatzkorrektur
8.3	VFA	A	1260	P126005	42910060	TH 14	Integrierte Leitstelle	340.000	590.000	250.000		VFA 02.12.2014 Bericht über die personellen Änderungen im 1 Quartal 2015.										Ansatzkorrektur: Verwaltung: Die Erstattung an die Stadt Böblingen umfasst einen Anteil von 2,0 Stellen in der Leitstelle auf Seiten der Feuerwehr. Laut dem Stadtbrandmeister erhöht die Stadt Böblingen nach dem derzeitigen Stand den Personalkostenersatz im Jahr 2015 auf 5,5 Stellen. Eine Aufstockung um 250.000 EUR ist daher notwendig.
9	UVA	A	5470	30025102	44530010	TH 30	TH 30 ÖPNV Betriebskostenumlage VRS	5.949.000	6.368.000	419.000												Verwaltung: Veröffentlichung Haushaltsplan 2015 VRS, Ansatzkorrektur
10	UVA	A	5110	751100001200	78530000	TH 30	TH 30 ÖPNV Vermögensumlage VRS	4.111.000	3.275.000	-836.000												Verwaltung: Veröffentlichung Haushaltsplan 2015 VRS, Ansatzkorrektur
11	UVA	A	5420	839000009200	78730000	TH31	TH 31 Straßenbau Radwegkonzeption, Kleinmaßnahmen an den Straßen	100.000	0	-100.000												Verwaltung: Ansatzkorrektur: Siehe auch Ziffer 4.
12	VFA	A	1112	P11120130	44110000	TH 12	TH 12 Personal Erhöhung ÖPNV-Zuschuss	36.000	36.000	0	Die Grünen 9/6	VFA 02.12.2014 Bericht in 2015 über die Wirkung des Zuschusses (10 EUR).				94.000						Grüne: Erhöhung des ÖPNV-Zuschusses an Bedienstete
13	VFA	A	1124	701616001		TH FB	TH FB: Umschichtung der in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Mittel für den Erweiterungsbau LRA BB zugunsten der Finanzierung von Krankenhausinvestitionen entspr. Maßnahmenplan IV. Kliniken	100.000	0	-100.000	CDU 7/4	VFA 02.12.2014 beschl. Planungsrate soll in den Wirtschaftsplan des AWB eingestellt werden. Mittelfristige Finanzplanung wird gem. Antrag umgeschichtet.										CDU: Umschichtung Mittel Erweiterungsbau zugunsten Investitionen der Kliniken. Umschichtung der Mittel in der Mittelfristigen Finanzplanung 2016: 3 Mio. EUR , 2017: 3 Mio. EUR , 2018: 1 Mio. EUR Umschichtung zur Finanzierung der Investitionen der Krankenhäuser. Verwaltung: Finanzierung eines möglichen Erweiterungsbaus durch den AWB falls eine Planung realisiert wird.
14	VFA	A	1120	P11120120	44310000	TH 10	TH 10: Zertifizierung der Landkreises Böblingen als "Fairtrade-Kreis"	0	0	0	Die Grünen 9/3	VFA 02.12.2014 Keine Zertifizierung / aber Bericht über die Kriterien für den Landkreis				1.000						Verwaltung: Damit der Landkreis Fair-Trade-Landkreis werden kann müssen mehrere Kriterien erfüllt werden: U.a. Beschluss des Kreistages, dass bei allen Sitzungen des KT und seiner Ausschüsse sowie im Büro des Landrats Fair-Trade Kaffee und ein weiteres Produkt aus Fairm Handel verwendet werden.
15	UVA	A	5110	730025xxxx	78730000	TH 30	barrierefreier Zugang zu den S-Bahnen und Regionalzügen	0	0	0	Die Linke 11/3	UVA 01.12.14 Verwaltungsvorschlag / Erläuterung wird einvernehmlich akzeptiert.										Die Linke: Schaffung der Barrierefreiheit an allen S-Bahnhöfen im Kreis. Verwaltung: Im Grundsatz bereits erledigt, bis neues Förderprogramm aufgelegt wird. Betragsnennung nicht möglich. Bahnhof Bondorf wird barrierefrei im Zuge der Umsetzung des Ausschreibungskonzeptes des Landes. Gäufelden Zugang nicht barrierefrei, zuständig ggf. Bahn und Land.
16	UVA	A	5470	30025102	44310000	TH 30	Attraktivitätssteigerung ÖPNV	0	0	0	Die Linke 11/1	erl. Durch KT-Dr.Nr. 100/2012 , 49/2014 und 201/2014/1										Die Linke: Attraktivität des ÖPNV fördern, Details siehe Antrag. Verwaltung: Im Grundsatz erledigt, Betragsnennung nicht möglich, Nachtbusse bereits vorhanden, erledigt durch KT.-Drucks. Nr. 100/2012 und 49/2014 bezüglich Schönbuchbahn erledigt durch KT-Drucks. Nr. 201/2014 / 1
17	UVA	A				EB	EB Abfallwirtschaft: Windelzuschuss	0	0	0	Die Grünen 9/4	UVA 01.12.14 Verwaltungsvorschlag / Erläuterung wird einvernehmlich akzeptiert.				0						DIE GRÜNEN: Zuschuss für Familien mit Kindern für die ersten beiden Lebensjahre Verwaltung: Windelzuschuss kann aus folgenden Gründen nicht entsprochen werden: Das Kommunalabgabenrecht lässt die Berücksichtigung sozialer Komponenten grds. Nicht zu. Die gleichmäßige Belastung der Bürgerschuldner ist Priorität (Durch Rechtsprechung bestätigt). Das Landesgesetz hat das Ziel die Abfallgebühren nach Menge des anfallenden Abfalls zu bemessen. Konsequenz: Betrag wäre in den Kreis-HH einzustellen. Die Familien könnten dann von der Gebühr freigestellt werden.
18	UVA	A				EB	EB Abfallwirtschaft: dauerhafte Bereitstellung von Behältnissen für Grünschnitt auf den Häckselplätzen	0	0	0	Die Grünen 9/5	UVA 01.12.14 Verwaltungsvorschlag / Erläuterung wird einvernehmlich akzeptiert.										Verwaltung: Der AWB hat die Frist der bereits aufgestellten Container bis 14.12.14 verlängert. Bericht im UVA ist für den 09.03.15 vorgesehen.
19	JBA	A	3620	P362001	431805xx	TH 20	TH 20 Jugend und Bildung Projekt Schulverweigerung/-absentismus	0	0	0	SPD 8/1	JBA 24.11.14 beschl. Antrag SPD und Stiftung Jugendhilfe Aktiv VFA 02.12.2014 beschl.				60.000					60.000	SPD: Projekt soll ein weiteres Jahr finanziert werden Stiftung Jugendhilfe aktiv: Aufteilung: 24.000 Stiftung Jugendhilfe aktiv, 12.000 Verein für Jugendhilfe, 24.000 Waldhaus

Lfd. Nr.	Aus-schuss	E=Erträge A=Aufw.	PG	Produkt/Auftrag Kosten- stelle	Sachkonto	Bud- get	Text	Verwaltungs- vorschlag			Anlage / Antrag Nr.	Antrag besch./abgel./erl. durch/am	FWV	CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	DIE LINKE	Sonstige Antragst.	Antragsteller/ Bemerkungen
								2015 EUR	2015 EUR	Veränderungen EUR										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
20	SGA	A	3180	P318001	431805xx	TH 21	TH 21 Soziales: Einmaliger Zuschuss für das Projekt "Begegnungen" des Vereins "KZ Gedenkstätte Haiflingen-Tailfingen e.V."	0	0	0	SPD 8/1	SGA 24.11.14 Siehe Bemerkungen VFA 02.12.2014 beschl. Antrag SPD und die Linke			5.000			5.000		SPD: Einmaliger Zuschuss für Projekt "Begegnungen" /DIE LINKE unterstützt den Antrag SGA 24.11.14: Antwortschreiben des Landrates an den KZ Gedenkstätte Haiflingen/Tailfingen e.V. wird versandt. Die Verwaltung prüft den Sachverhalt einer einmaligen Investitionsförderung.
21	SGA	A	3180	P318002	431805xx	TH 21	TH 21 Sozialticket	0	0	0	Die Linke 11/4	SGA 24.11.14 siehe Bemerkungen						0		Einführung eines kreisweiten Sozialtickets mit 50 % Zuschuss auf reguläres VVS-Ticket.Keine Betragsnennung möglich eine Berechnung des VVS für die Kosten eines Sozialtickets gibt es nicht. Einzelne Kommunen bezuschussen heute breits VVS Tickets im Orts- und Stadtverkehr als Freiwilligkeitsaufgabe. (z.B. Stadt Holzgerlingen). SGA 24.11.2014: Bericht der Verwaltung über die Erfahrungen mit dem Sozialticket der Stadt Stuttgart nach 1 bis 1,5 Jahren (06/16).
22	SGA	A	3180	P318002	431805xx	TH 21	TH 21 Förderung sozialen Wohnbaus	0	0	0	Die Linke 11/2	SGA 24.11.14 Siehe Bemerkungen						0		Schaffung von sozialem Wohnraum SGA 24.11.2014: Fachtag der Kommunalen Wohnbaugesellschaften und Träger Freier Wohlfahrtspflege wird zugesagt.
23	UVA	E	5420	831077002	68110000	TH 31	K 1077 Radweg OD Ehningen Zuw. des Landes	300.000	300.000	0	FWV 6/12	UVA 01.12.14 abgel. Antrag FWV	-300.000							FWV: Die Maßnahme soll zurückgestellt werden und kostengünstigere Alternativen untersucht werden. Vor einer Umsetzung ist das kreisweite Konzept in der Arbeitsgruppe Radverkehr vorzulegen und zu beraten.
24	UVA	A	5420	831077002xxx	68110000	TH 31	K 1077 Radweg OD Ehningen sonstige Baumaßnahmen	600.000	600.000	0	FWV 6/12	Änderungsbeschluss: Sperrvermerk. Entscheidung und Zweckbestimmung nach Priorisierung der Projektgruppe Radwegkonzept. VFA 02.12.14 beschl. Mittel werden entgegen Beschluss UVA gestrichen. Antrag FWV Beträge werden in die MiFri 2016 ohne Zweckbindung übernommen.	-600.000							Verwaltung: Abstimmungsgespräch zwischen Amt für Straßenbau u. Stabstelle Tourismus, welche Maßnahmen aus dem vorliegenden Radwegkonzept im HHPlan 2015 umgesetzt werden könnten. Da das Radwegkonzept noch nicht beschlossen worden ist wurden in erster Linie diejenigen Maßnahmen betrachtet, die auf der Prioritätenliste des Planungsbüros an oberster Stelle stehen. Ein geringer Planungsvorlauf für 2015 wurde zudem angestrebt. Im Ergebnis hat man sich auf die Maßnahmen an der K 1077 abgestimmt, die zudem Bestandteil des Landesradwegenetzes sind. Die angesetzten Kosten entsprechen der Kostenschätzung des Planungsbüros VIA inkl. eines Risikozuschlags und der Umsatzsteuer. Aus Sicht des Amtes für Straßenbau ist es sinnvoll dieses Projekt zunächst zurückzustellen, zu prüfen und im Nachgang die Projekte mit einer weiteren Umsetzungspriorisierung zu versehen. Hinweis: K 1066 Radweg Deufringen - Kreisgrenze: Bei einer Straßensanierung im Rahmen des Straßenentwicklungsprogramms wird ein straßenbegleitender Radweg aus Synergieeffekten mit einbezogen. Die Planung der Maßnahmen ist abgeschlossen, der Radweg im Förderprogramm enthalten, eine Ausschreibung steht bevor.
25	UVA	A	5470	30025102	44530030	TH 30	TH 30 ÖPNV Zuschüsse ÖPNV-Maßnahmen	5.530.000	4.490.000	-1.040.000										Verwaltung: Veröffentlichung Haushaltsplan 2015 VRS, Ansatzkorrektur vom 20.11.14 durch VRS Änderungsmitteilung. Hinweis: Die Verbesserung gegenüber der Einbringung des Planentwurfs ist im Zusammenhang mit lfd. Nr. 9 zu sehen. Die Verbesserung beläuft sich dann auf 621.000 EUR. Gegenüber den Planansätzen 2014 (der lfd. Nr. 9 und 25) ergibt sich eine summarische Steigerung von 766.000 EUR. Die nicht mehr über die Verkehrsumlage SK 44530010 finanzierten Kosten werden unmittelbar von den Verbundlandkreisen übernommen und über das Sachkonto 44530030 finanziert.
26	VFA	A	div.	div.	42110000	TH 13	TH 13 Gebäudewirtschaft Budget Gebäudeunterhaltung	7.159.000	7.159.000	0	FWV 6/8 Nr. 1	VFA 02.12.2014 Prüfung der tatsächlich umsetzbaren Maßnahmen bis zur KT-Sitzung 15.12.14	-1.000.000							Verwaltung: Verringerung Gebäudeunterhaltungsprogramm Kreisgebäude Anl. 12 S. 430 HHPL vorläufiges Ergebnis der Prüfung: Die Gebäudewirtschaft benötigt in 2015 erhebliche Mittel für den Umbau der neu hinzugekommenen Flüchtlingsunterkünfte. (z.B. Brandschutz, Rettungswege, Umbau Sanitär usw.) Daher Umschichtung der Mittel von der Schulunterhaltung in den Bereich Flüchtlingsunterbringung. Eine detaillierte Stellungnahme des Amtes für Gebäudewirtschaft folgt bis zur KT-Sitzung am 15.12.14
27	VFA	A	3630	P363002	43180620	TH 20	TH 20 Jugend und Bildung Impulsprogramm Schulsozialarbeit	600.000	600.000	0	FWV 6/2 CDU 7/13	JBA 24.11.14 abgel. VFA 02.12.14 beschl. Mittel werden entgegen Beschluss JBA gestrichen. FWV/CDU/FDP wünschen einen jährlichem Bericht zur Schulsozialarbeit	-600.000	-600.000				-600.000		Verwaltung: Als Kompromissvorschlag sichert die Verwaltung zu, über den Stand der Schulsozialarbeit sowohl kreisvergleichend als auch im Vergleich der Landkreiskommunen im JBA jährlich zu berichten.
28	VFA	A	5750	K5750004/ K5750005	42910000	TH 42.2	TH 42.2 StabstelleTourismusförderung Heimattage/ Regionalmesse	353.000	253.000	-100.000	FWV 6/9 FDP 10 Nr. 5	VFA 02.12.14 beschl. Verwaltungsvorschlag entspricht Antrag der FWV.	-100.000					-170.000		FWV: Keine Teilnahme am Bewerbungsverfahren Heimattage Baden-Württemberg und keine Planungen für eine Regionalmesse. FDP: Kürzung Tourismusförderung um 10 Prozent.
29	VFA /SGA	A	div.	div.	40xxxxxx	div.	Personalaufwand	63.567.363	63.745.563	178.200	FWV 6/10 SPD 8/1 Nr. 4 Die Grünen 9/2	SGA 24.11.14 VFA 02.12.14 beschl. Verwaltungsvorschlag wird angenommen.								Verwaltung: Der Verwaltungsvorschlag kalkuliert einen zusätzlichen Stellenbedarf von 3,0 VZ ein. Darin enthalten ist die Koordinierungsstelle Ehrenamtlicher. Der Antrag der FWV würde den Ansatz der Personalkosten auf 63.645.563 EUR absenken. SPD: Schaffung einer neuen Stelle für Flüchtlingsbetreuung ggf. haushaltsneutral. Die Grünen: Bereitsstellung einer Fachkraft zur Koordination der ehrenamtlichen Hilfe in der Flüchtlingshilfe SGA 24.11.2014: Beschlusstext: 1. 1,0 VZ Stellenanteil für Koordinierungsstelle Ehrenamtlicher. 2. Verwaltung wird ein mit den kirchlichen Trägern abgestimmtes Konzept vorlegen.
												-100.000								FWV: Globale Minderausgabe Personalaufwand 100.000 EUR.
30	VFA	E	6110	P6110	31510000	TH FB	TH FB Zuw. des Landes a.d. Aufkommen Grunderwerbsteuer	20.000.000	20.000.000	0	FWV 6/1 Nr. 2 CDU 7/13 SPD 8/1 Die Grünen 9/8	VFA 02.12.14 beschl. Antrag FWV/CDU/SPD/Die Grünen	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000				

Lfd. Nr.	Aus-schuss	E=Erträge A=Aufw.	PG	Produkt/Auftrag Kosten- stelle	Sachkonto	Bud- get	Text	Verwaltungs- vorschlag			Anlage / Antrag Nr.	Antrag besch./abgel./erl. durch/am	FWV	CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	DIE LINKE	Sonstige Antragst.	Antragsteller/ Bemerkungen		
								2015 EUR	2015 EUR	Veränderungen EUR												
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21		
31	VFA	E	6110	P6110	3xxxxxxx	TH FB	Rücklagenentnahme Ergebnisverbesserung 2013 und 2014				FWV 6/1 CDU 7/8 FDP 10/1	VFA 02.12.14 beschl. Überschüsse ab dem Jahr 2014 ff., die über dem geplanten ordentlichen Ergebnis liegen, werden jeweils der Rücklage des Eigenbetriebes Klinikgebäude zuge-führt.									FWV: Ergebnisverbesserung 2013 mit 3 Mio. EUR und 2014 mit 3. Mio. EUR soll zur Gegenfinanzierung der Kreisumlagesenkung 2015 verwendet werden. Verwaltung: Das Finanzierungskonzept zur Haushaltsplanung 2015 bis 2018 basiert auf dem Abbau der Liquidität und der Entschuldung des Kreises um für die Zukunftsaufgaben eine bessere Position zu erreichen. Die Ergebnisverbesserung 2013 ist in dieser Betrachtung bereits berücksichtigt. Für 2014 sind noch keine abschließenden Aussagen über das endgültige Ergebnis möglich, da noch Risiken wie der Aufwand der Flüchtlingsunterbringung nicht absehbar sind und das Haushaltsjahr 2014 bis einschließlich 30.06.2015 belastet werden kann. Eine Zweckbindung der Ergebnisse 2014 wäre deshalb verfrüht. Eventuelle Ergebnisverbesserungen können entsprechend Anl. 7/8 CDU zur Ansparung der Rücklage des Eigenbetriebes zur Finanzierung des Klinikneubaus verwendet werden. Ein entsprechender Beschluss wäre zu fassen.	
32	VFA	E	3140	P31400101	34810000	TH 21	TH 21 Soziales: Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer	3.184.000	3.184.000	0	FWV 6/1 Nr. 4	VFA 02.12.14 abgl.	1.000.000								FWV: Deckungsvorschlag für Kreisumlagesenkung durch erwartete Verbesserung der vom Land gewährten Flüchtlingshilfen. Verwaltung: Eine Erhöhung der Pauschalen für die Flüchtlingshilfe wurde moderat eingeplant. Nach Rückfragen beim Landkreistag ist nicht abzusehen, wie eine Erhöhung tatsächlich aussieht. Es handelt sich hierbei lediglich um eine Absichtserklärung. Nach dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und Klarheit, dürfen nur Ansätze eingeplant werden, die auch tatsächlich eintreten. Nicht zutreffenden Ansätze gefährden außerdem den Haushaltsausgleich.	
33	VFA	E	5210	P5210	31310000	TH 40	TH 40 Bauen und Gewerbe Gebühren untere Verwaltungsbehörde	1.595.900	1.595.900	0	FWV 6/1 Nr. 4	VFA 02.12.14 abgl.	300.000									
34	JBA	A	2150	P21500301	43180xxx	TH 20	TH 20 Jugend und Bildung Förderung auswärtiger Schüler an Gemeinschaftsschulen	0	0	0	FWV 6/1 Nr. 4	JBA 24.11.14 beschl. VFA beschl. Antrag FWV mit Antrag FDP zweckgebunden.	30.000									
35	JBA	A	3620	P362001	43180xxx	TH 20	TH 20 Jugend und Bildung	0	0	0	FWV 6/13 Nr. 2	JBA 24.11.14 beschl. VFA 02.12.14 Verweis auf KT.-Drucks. 251/2014 nö.	100.000								FWV: Erhöhung für Freie Träger Verwaltung: Mit Zweckbindung an Freie Träger laut Beschluss des JBA. Siehe auch KT-Drucks. 251/2014. Einmalige Soforthilfe in Höhe von 66.400,44 EUR.	
36	VFA	A	1280	P1280	42510000	TH40 Katastroph enschutz	TH 40 Bauen und Gerwerbe: Zuschuss Unterhalt der Fahrzeuge	0	0	0	FWV 6/11	VFA 02.12.14 beschl. Abtrag FWV als einmaliger zweckgebundener Zuschuss an das DRK.	10.000							10.000	Verwaltung: Nach den gesetzlichen Vorschriften sind das Land bzw. die Träger der Katastrophenhilfe für die Finanzierung des Katastrophenschutzes zuständig. Für den Landkreis wäre dieser Zuschuss eine Freiwilligkeitsleistung. Eine einmalige Zuwendung wäre überlegenswert.	
37	VFA	A	4110	741101001200	78710000	TH FB	TH FB Zuführung Eigenbetrieb Kliniken	9.000.000	9.000.000	0	FWV 6/1	VFA 02.12.14 Siehe lfd. Nr. 31	4.000.000								Antrag CDU 7/8: Beschluss des Kreistags über die Mittelfristige Finanzplanung: jährlich 3,0 Mio EUR bis 2022 für den Klinikneubau anzusparen Verwaltung: Für den Kauf des Grundstücks auf dem Flugfeld sind in den Jahren 2015 und 2016 voraussichtlich 16 Mio. EUR vorgesehen. Eine erste Rate von 8 Mio. EUR soll durch die Rücklagenverwendung des Eigenbetriebs realisiert werden. Darin enthalten ist die Rücklagenzuführung an den Eigenbetrieb 2015 in Höhe von 3 Mio. EUR. Die Restzahlung 2016 müsste dann in voller Höhe aus dem Kreishaushalt finanziert werden. Zur zusätzlichen Rücklagenansparung müssten weitere Mittel 2016 eingeplant werden. Die Liquidität des Landkreises müsste entsprechend gegenfinanziert werden.	
38	VFA	E	6110	P6110	31820000	TH FB	TH FB Kreisumlage der Gemeinden	182.607.500	182.607.500	0	FWV 6/1 Nr. 1 CDU 7/13 SPD 8/1 Die Grünen 9/8	VFA 02.12.2014 Beschluss erfolgt im KT am 15.12.14	-5.034.300	-4.118.949	-4.118.949	-2.288.298					FWV 38,8 v.H. Gegenfinanzierung u.a. Ergebnisse 2013 u. 2014 und Deckungsvorschlagsliste CDU 39,0 v.H. Gegenfinanzierung u.a. Erhöhung Grunderwerbsteuer SPD 39,0 v.H. Gegenfinanzierung Erhöhung Grunderwerbsteuer, Verringerung ÖPNV-Umlage Bündnis 90/DIE GRÜNEN 39,4 v.H. Gegenfinanzierung Grunderwerbsteuer	

Lfd. Nr.	Zuständiger Ausschuss	Antragsteller	Zust. Dez./ Amt	Antrag	Verfahrensvorschlag der Verwaltung	Entscheidung zum Verfahrensvorschlag der Verwaltung
1	VFA	CDU Anl.7/3 identisch mit Anl. 7/6	DEZ 1 / 11	Haushaltsplanung 2015 / Mittelfristige Finanzplanung: Die Auswirkungen der Steuerschätzung vom 06.11.14 sind für die Haushaltsplanung 2015 und die Mittelfristige Finanzplanung darzustellen.	Siehe Ziffer 1 Finanzanträge. Die Auswirkungen werden in der Mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltsbeschlusses vorgelegt.	
2	VFA	CDU Anl.7/5	DEZ 1 / 11	Verpflichtungsermächtigungen: Anlage 2 des Haushaltsplans 2015 ergänzen: Den in der Anlage 2 genannten Verpflichtungen sind die Projekte gegenüberzustellen.	Wird zugesagt.	
3	VFA	Freie Wähler Anl. 6/3	DEZ 1 / 11 u. BTM	Krankenhausfinanzierung: Erfahrungswerte anderer Standorte erkunden und prüfen. Es ist zu klären, in welcher Form sich die Umsetzung des medizinischen Konzeptes im Landkreis Böblingen angesichts der sich laufend veränderten Kliniklandschaft auf die zukünftige Kostenentwicklung auswirken wird.	Wird zugesagt.	
4	VFA	CDU Anl. 7/1	DEZ 1 / 11 u. BTM	Krankenhausfinanzierung: 1. In welcher Organisationseinheit soll der Krankenhausneubau finanziert und abgewickelt werden? 2. Vorlage eines strukturierten Projektauftrages (grobe Projektplanung) für die Bereiche Grundstückserwerb, notwendige Inhalte des Bebauungsplans, Grobplanung des Gebäudes. 3. Ist zu Ziffer 2 die Bildung einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Aufsichtsrats/Kreistags vorgesehen? (Details: siehe Antrag)	Bericht wird zugesagt.	
5	VFA	CDU Anl. 7/2	DEZ 1 / 11 u. BTM	Finanzierung der Investitionen in die Kliniken und in die Schönbuchbahn: 1. Die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der anstehenden Investitionen in die Krankenhäuser und in die Schönbuchbahn auf den Kreishauhalt sind bis 2022 darzustellen. 2. Die Finanzierung des möglichen Neubaus eines Krankenhauses auf dem Flugfeld nach dem Ausstieg der Stadt Sindelfingen und der Entscheidung des Landeskrankenhausausschusses ist aufzuzeigen.	Wird zugesagt.	
6	VFA	CDU Anl. 7/8 FDP Anlage 10 Nr. 1	DEZ 1 / 11 u. BTM	CDU: Eigenkapital für die Finanzierung der Investitionen in die Kliniken: 1. Für die Finanzierung des Krankenhausneubaus auf dem Flugfeld ist Eigenkapital anzusparen. 2. Ab dem Haushaltsjahr 2014 sind aus guten Rechnungsergebnissen Haushaltsmittel der Rücklage zuzuführen. FDP: Verwendung der über den Ansatz hinausgehenden Einnahmen bei der Grunderwerbsteuer 2014 als Rücklage für Klinikinvestitionen.	Zu CDU: siehe Finanzanträge Ziffer 37. Zu FDP: Eine eine einzelne Zweckbindung der Allgemeinen Deckungsmittel wie die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer ist aus Gründen des Haushaltsgrundsatzes der Gesamtdeckung nicht möglich.	
7	VFA	Freie Wähler Anl. 6/4	DEZ 1 / 14	EDV-Kosten IUK und Service: Die EDV Projekte sind ausführlich zu erläutern und im VFA vor der Umsetzung zu berichten bzw. zu beschließen.	Wird zugesagt.	
8	VFA	Freie Wähler Anl. 6/6	DEZ 1 / 13	Bericht zu Reinigungsleistungen, die in Kreiseinrichtungen erbracht werden: Ein detaillierter Bericht zur Vergabe von Reinigungsleistungen ist vorzulegen und zu prüfen, ob diese Reinigungsleistungen zumindest teilweise über die Service-GmbH des Klinikverbundes abgewickelt werden können.	Wird zugesagt. Die bisherige Vorgehensweise bei den Ausschreibungen wurde im Organisationsgutachten bestätigt. Zur Zeit werden Verhandlungen mit der Service-GmbH geführt. Bei 2 Vergleichsobjekten ist eine Fremdvergabe bisher deutlich wirtschaftlicher.	
9	VFA	Freie Wähler Anl. 6/8 Nr. 2 u. Nr. 3	DEZ 1 / 13	Budget Gebäudeunterhaltung / Kreiseigene Gebäude: Prioritätenliste für die Notwendigkeit und Gewichtung einzelner Maßnahmen. Maßnahmen die im jeweiligen Haushaltsjahr geplant werden, sind zeitnah umzusetzen.	Wird zugesagt.	
10	VFA	DIE LINKE	DEZ 1 / 11	Abbildung des Teilhaushalts Flüchtlingshilfe als Schlüsselposition im Haushaltsplan	Wird zugesagt.	
11	VFA	DIE LINKE	DEZ 1 / 11	Änderung der Bezeichnung "behinderte Menschen" in " Menschen mit Behinderung" im Haushaltsplan 2015	Im Kommunalen Produktplan BW ist dieses Produkt so tituliert. Die Verwaltung wird die Bezeichnung entsprechend abändern.	
12	VFA	DIE GRÜNEN Anl. 9/6	DEZ 1 / 12	Stärkung des Programms "ÖPNV-Zuschuss an Bedienstete": 1. Eine Darstellung der bisherigen Maßnahmen und der Förderung (Kosten, Nutzerzahlen, eine beispielhafte Darstellung der Auswirkungen auf das Nettoeinkommen der Nutzer). 2. Eine Darstellung, ob die Arbeitgeberzuschüsse für die Bediensteten nach § 40 Abs. 2 Satz 2 des Einkommenssteuergesetzes mit 15 % pauschal versteuert werden. 3. Die Fortsetzung und Intensivierung der Bemühungen, möglichst viele Bedienstete von den Vorzügen des ÖPNV zu überzeugen.	Wird zugesagt.	

Lfd. Nr.	Zuständiger Ausschuss	Antragsteller	Zust. Dez./ Amt	Antrag	Verfahrensvorschlag der Verwaltung	Entscheidung zum Verfahrensvorschlag der Verwaltung
13	UVA	CDU Anl. 7/7	DEZ 3 / 30	<p>1. Zweckverbände Nebenbahnen: Einzeldarstellung der Betriebskostenumlagen der Zweckverbände Schönbuch-, Ammertal- und Strohgäubahn. Letztere nach positivem Kreistagsbeschluss(Sachkonto 44530020)</p> <p>2. Leistungen der Verbundstufe II: diese sind im Einzelnen betragsmäßig darzustellen (Sachkonto 44530030)</p>	<p>1. Betriebskostenumlage Nebenbahnen ZVS: 3,0 Mio. EUR ZÖA: 0,494 Mio. EUR Strohgäubahn 0,03 Mio. EUR</p> <p>2. Leistungen der Verbundstufe II: 6,925 Mio. EUR Direkte Leistungen: 2,289 Mio. EUR Indirekte Leistungen: 4,636 Mio. EUR</p>	
14	UVA	CDU Anl.7/10	DEZ 3 / 30	<p>Finanzierung innerörtlicher Busverkehre:</p> <p>1. Darstellung, in welchen Städten und Gemeinden der Landkreis Busverkehre zur innerörtlichen Erschließung bestellt hat. 2. Begründung, warum diese bestellten innerörtlichen Verkehre vom Landkreis bezahlt werden. 3. Begründung, warum andere innerörtliche Verkehre von den dortigen Gemeinden/Städten bestellt u. bezahlt werden.</p>	<p>Ziffer 1. und 2 erledigt durch KT-Drucks. 192/2014 Ziffer 3. siehe KT-Drucks. 180/2014</p>	
15	UVA	CDU Anl. 7/11	DEZ 3 / 30	<p>Verlängerung der Buslinie 752 von Ehningen nach Aidlingen:</p> <p>1. Die Buslinie 752 Holzgerlingen-Altendorf-Hildrizhausen-Ehningen ist nach Aidlingen zu verlängern. 2. Die Voraussichtlichen Kosten sind darzustellen. 3. Sieht die Landkreisverwaltung Einsparpotentiale bei den Buslinien, die der Kreis zu finanzieren hat?</p>	<p>erledigt durch KT-Drucks. 50/2011 Sachverhaltsbeurteilung unverändert, grobe überschlägige Angabe für zusätzlichen Bus ganztägig: Betriebskosten 200.000 EUR, nur in HVZ 100.000 EUR Ziffer 3: siehe KT-Drucks. 180/2014</p>	
16	UVA	CDU Anl. 7/12	DEZ 3 / 30	<p>Definition des Basisangebots u. Finanzierung der Busverkehre:</p> <p>1. Darstellung des vorgesehenen Basisangebots des Landkreises für flächendeckende ÖPNV-Erschließung in Abgrenzung zu kommunalen Angeboten der Gemeinden u. Städte 2. Darstellung/Vergleich der künftigen Finanzierung des Busangebots im Landkreis zur seitherigen Finanzierung. 3. Darstellung möglicher Einsparpotentiale der Buslinien im Kreis</p>	<p>erledigt durch KT-Drucks. 180/2014, Einsparpotentiale ergeben sich bei den anstehenden Vergaben. Ziffer 3: Frage der Finanzierungsabgrenzung siehe KT-Drucks. 180/2014</p>	
17	UVA	Freie Wähler Anl. 6/5	DEZ 3 / 31 / 32	<p>Bushaltestelle K 1063 Einmündung Lehenweiler: Es ist zu prüfen, dass an der K 1063 / K 1003 / Zufahrt Lehenweiler ein sicherer Bushalt geschaffen wird. Eine kommunale Beteiligung ist zu prüfen, Lösungsvorschläge sind zu beraten.</p>	<p>Antrag BMA Aidlingen: Funkampel, damit Busfahrt nach Lehenweiler und dann direkt nach Döffingen möglich ist. Fahrversuch von RBS mit Amt 32 geplant. Nur wenige Fahrgäste/Schüler zur GMS Döffingen betroffen. Alternative, nach der Schülerbeförderungssatzung zumutbare, umwegigere Fahrmöglichkeiten vorhanden. Prüfung baulicher Maßnahmen an Abzweigung durch Amt 31, ansonsten eventuell Ampel zum Überqueren der Straße.</p>	
18	UVA	Die Grünen Anl. 9/7	DEZ 4 / 41	<p>Schaffung durchgehender Fischdurchgängigkeit in den Gewässern des Landkreises, speziell der Aich.</p>	<p>Liegt im Aufgabenbereich der Kommunen, nicht des Kreises</p>	
19	UVA	Freie Wähler Anl. 6/14	AWB / Betriebsleitung	<p>Erddeponievolumen im Landkreis: Es ist zu prüfen, ob im Bereich der Deponie Rübenloch in Leonberg östlich der Kreisstraße und südlich der Erschließungsstraße unbelastetes Erdmaterial eingebaut werden kann.</p>	<p>Wie bereits im UVA mit KT.Dr.Nr. 032/2014 berichtet, wird derzeit zusätzlich zum Abschluss von weiteren Verträgen zur Sicherung in den Steinbrüchen eine gutachterliche Untersuchung durchgeführt, um das gesamte Landkreisgebiet auf Standorte für weitere Erdaushub-deponien zu überprüfen. Es wird auch untersucht ob bestehende Deponien erweitert oder erhöht werden können. Dabei wird auch die ehemalige Deponie Rübenloch überprüft. Der AWB geht davon aus, dass das Gutachten am 09.03.2015 im UVA vorgestellt werden kann.</p>	

Lfd. Nr.	Zuständiger Ausschuss	Antragsteller	Zust. Dez./ Amt	Antrag	Verfahrensvorschlag der Verwaltung	Entscheidung zum Verfahrensvorschlag der Verwaltung
20	UVA	Teilhabeberrat u. Kreissenorenrat	DEZ 3 / 30	Anhörung zur Fortschreibung Nahverkehrsplan Landkreis Böblingen: 1. Niederflurbusse: Bei der Neuvergabe der Buslinienbündel bis 2019 sollen nur noch Unternehmen zum Zuge kommen, die Niederflurbusse anbieten 2. Fahrgastinformationssystem: Dieses soll nach dem Vorbild Reutlingens um weitere Symbole und Farben zur besseren Orientierung der Fahrgäste erweitert werden. 3. Fahrpläne: In den Plänen soll konkret auf den Einsatz von Niederflurfahrzeugen hingewiesen werden, ergänzend sollen die Fahrpläne mit größerer Schrift versehen werden. 4. Haltestellen: Forderung nach flächendeckendem Umbau von barrierefreien Haltestellen.	erledigt durch KT-Drucks. 180/2014	
21	UVA	FDP Anl. 10 Nr. 7	AWB / Betriebsleitung	Erneute Werbeaktion für die orangefarbene Tonne .	Der AWB wird über Öffentlichkeitsarbeit erneut versuchen die Akzeptanz für die orangefarbene Tonne in der Bevölkerung zu erhöhen.	
22	VFA/JBA	Freie Wähler Anl. 6/7	DEZ 2 / 20	Entwicklung der Schülerzahlen an verschiedenen Kreisschulen / Inklusion: 1. Bericht über den Rückgang der Schülerzahlen: Konsequenzen und Erstellung eines Schulentwicklungsplanes 2. Inklusion von behinderten Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Kreisschulen: Beteiligung des Landes an speziellen Kostenzuschüssen.	Erstellung eines Schulentwicklungsplans für die beruflichen Schulen ist in der JBA-Sitzung am 24.11.2014 beschlossen worden. Ein schriftlicher Bericht zu Nr. 2 wird für das Frühjahr 2015 zugesagt.	
23	VFA/JBA	Freie Wähler Anl. 6/13 Nr. 1 und Nr. 3	DEZ 2 / 20	Finanzierung der freien Träger der Jugendhilfe: 1. Der Kreis prüft in welcher Form er die freien Träger der Jugendhilfe durch die veränderte Vergabepaxis leiden, finanziell stützen kann. Ein detaillierter Bericht ist vorzulegen. 2. Es ist zu prüfen, ob ein teilweiser Ausgleich durch Aufträge im Bereich Flüchtlingsbetreuung erfolgen kann.	Die Verwaltung greift die Anregung auf und hat bereits einen Vorschlag für eine einmalige Ausgleichszahlung an die Jugendhilfsträger ausgearbeitet, der nichtöffentlich im VFA am 02.12. zur Beschlussfassung eingebracht wird. Eine Prüfung mit Blick auf den Flüchtlingsbereich wird zugesagt.	
24	VFA/JBA	SPD Anl. 8/1 und FDP	DEZ 2 / 20	SPD: Regelmäßiger Bericht über die Entwicklung der Jugendhilfe unter Anhörung der Freien Träger FDP: Bericht zum Antrag der Freien Träger, inwieweit sich die derzeitige Umgestaltung im Bereich Jugendsozialarbeit in das Projekt Schulverweigerung-/absentismus integrieren lässt	Regelmäßige Berichte über die Entwicklung der Jugendhilfe unter Anhörung der Freien Träger wird zugesagt. Es wird versucht, das Schulverweigerungsprojekt in eine Kreisförderung der Schulsozialarbeit hereinzunehmen, sofern dieser Verwaltungsantrag eine Mehrheit findet.	
25	JBA	FDP Anl. 10 Nr. 4	DEZ 2 / 20	Bericht über den Stand der IT-Ausstattung an den Kreisschulen sowohl für Schüler wie Lehrer aowie über die Qualität und Quantität der Anbindung der Schulen an Breitband oder ander Zugänge im Internet.	Ein schriftlicher Bericht wird zugesagt.	
26	SGA	CDU Anl.7/9	KVSW	Strukturelle Maßnahmen in den Kliniken: Darstellung der Umsetzung der Umstrukturierungsmaßnahmen in den Klinikgesellschaften	Zukünftig wird im Kreistag regelmäßig über die weiteren Entwicklungen berichtet.	
27	VFA/SGA	SPD 8/1	DEZ 2 / 21	Einrichtung "Runder Tisch Flüchtlinge"	Wird zugesagt.	
28	VFA/SGA	Die Grünen 9/1	DEZ 2 / 21 DEZ 3 / 33	Einberufung eines kommunalen Flüchtlingsgipfels: 1. Späteste Einberufung 1. Quartal 2015 2. Effektive und zeitsparende Informationsweitergabe an die ehrenamtlichen Gruppen in den Kommunen 3. Kreisweite solidarische Aufnahme von Flüchtlingen, sowohl für Unterkünfte der Erstaufnahme , als auch für die Folgeunterbringung. 4. Es sollten Wege und Möglichkeiten für einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt für die Flüchtlinge entwickelt werden.	Wird zugesagt.	